

Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst einmal begrüßen wir alle Neumitglieder, die mit dieser Mail zum ersten Mal Post von uns erhalten. Wir verschicken in unregelmäßigen Abständen E-Mail-Rundbriefe, um beispielsweise auf Veranstaltungen hinzuweisen und um zu aktuellen Entwicklungen Stellung zu nehmen.

Mit dieser Mail möchten wir v.a. mitteilen, dass unsere für den 8. Mai vorgesehene Jahreshauptversammlung wegen der Corona-Krise auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Die offizielle Einladung zur Jahreshauptversammlung erfolgte über das BUND-Magazin, Ausgabe 1/2020 zu einem Zeitpunkt, als die derzeitige Entwicklung noch nicht absehbar war. Den neuen Termin werden wir natürlich per E-Mail mitteilen und die offizielle Einladung wird voraussichtlich über das BUND-Magazin, Ausgabe 3/2020 Mitte August erfolgen. Außerdem wird der Termin unter <https://www.bund-pinneberg.de/service/termine/> zu finden sein.

Einige nachdenkliche Menschen wie beispielsweise Prof. Harald Lesch prognostizieren, dass „nach der Corona-Krise nichts mehr so sein wird wie vorher“ und hoffen auf einen Lerneffekt für den Umgang mit anderen Krisen (Klimawandel, Artensterben, Naturwaldzerstörung, Plünderung und Vermüllung der Ozeane etc.). Wird wenigstens ein Teil der Bevölkerung aus der Krise lernen, z.B. erkennen, dass „immer mehr“ nicht „immer besser“ ist? Werden v.a. die Mächtigen in Politik und Wirtschaft aus der Krise lernen? Oder streben sie jetzt schon an, nach der Krise zur alten „Normalität“ zurück zu kehren?

Eines haben wir jetzt schon gelernt: Wenn etwas als notwendig erkannt wird, kann die Politik plötzlich handeln und massive Einschränkungen verordnen, sogar für „die Wirtschaft“. Sie hört sogar auf Wissenschaftler*innen, in diesem Fall auf Virolog*innen. Und alle waren sich einig: Gesundheitsschutz hat Vorrang. Warum gilt das eigentlich nur für den Schutz vor dem Virus und beispielsweise nicht für den Schutz vor gesundheitsschädlichen Abgasen wie Stickoxide? Nach einer [Studie, die in der „Nature“ veröffentlicht wurde](#), gibt es in der EU jährlich 28.500 vorzeitige Todesfälle durch Stickoxide aus Dieselabgasen. Davon entfallen rund 11.400 auf den Zusatzausstoß infolge nicht eingehaltener Abgasgrenzwerte. Dennoch dürfen auch heute noch neu zugelassene Diesel-PKW die Stickoxid-Grenzwerte im Straßenverkehr überschreiten, und noch Jahre nach Bekanntwerden des „Abgasskandals“ hat ein Fahrzeug die Typgenehmigung erhalten, obwohl es den Grenzwert um das 18-fache (!) überschritt. Auch bei der Zulassung von Pestiziden und anderen Chemikalien wie beispielsweise Bisphenol A (in Frankreich übrigens seit 2 Jahren verboten) hat der Gesundheitsschutz keinen Vorrang.

Und seit 40 Jahren hört die Politik nicht auf Wissenschaftler*innen, die vor den Folgen des Klimawandels, des Artensterbens, der Regenwaldzerstörung, der Plünderung und Vermüllung des Planeten etc. warnen. Das gilt zwar weltweit, für Deutschland aber im besonderen Maße. Entwicklung und Ausbau erneuerbarer Energien (hier war Deutschland mal Vorreiter) sind in Deutschland weitgehend gestoppt und beim Klimaschutz war Deutschland nie Vorreiter. Die CO₂-Reduktionen der 1990er Jahre waren nicht Folge eines aktiven Klimaschutzes sondern Folge der Abwicklung der Industrie der ehemaligen DDR. Unter allen Ländern mit einem nennenswerten Autobahnnetz ist Deutschland weltweit das einzige ohne generelles Tempolimit auf Autobahnen. Und bei der Produktion von Verpackungsabfall ist Deutschland Europameister.

Warum macht die Politik bei der Corona-Krise richtig, was sie beim Umgang mit anderen Krisen seit Jahrzehnten falsch macht? Klar – bei der Corona-Krise war und ist schnelles Handeln erforderlich. Beim Umgang mit der Klimakrise hätte man 40 Jahre Zeit gehabt, wenn man vor 40 Jahren mit einem wirksamen Klimaschutz begonnen hätte. Heute hat man keine Zeit mehr. Dennoch versuchen Lobbyisten bereits, die Corona-Krise zu missbrauchen, um Regelungen zum Schutz der Luftqualität, des Klimas, des Grundwassers etc. aufzuweichen, aufzuschieben oder zu verhindern, allen voran natürlich mal wieder die Autokonzerne. Darauf weist die Deutsche Umwelthilfe in ihrem letzten [Newsletter](#) hin (auf Wunsch leiten wir ihn gern weiter). Außerdem fordern die Autokonzerne Kaufprämien für „sauberere“ Neuwagen. Was sie wohl damit meinen? Fahrzeuge, die die Abgasgrenzwerte und die angegebenen CO₂-Werte nicht nur auf dem Prüfstand, sondern auch auf der Straße einhalten, können ja wohl nicht gemeint sein, denn dann gäbe es ja für kaum ein Fahrzeug eine Kaufprämie.

Es wäre ja auch seltsam, wenn gewisse Herrschaften die Krise nicht nutzen würden, um sich persönlich oder die Unternehmen, für die sie tätig sind, auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern, sei es durch Missbrauch staatlicher „Nothilfen“ oder durch Verhinderung von Regelungen, die ihre Gewinne beeinträchtigen könnten. Viele haben sich schon bereichert, durch sogenannte Aktien-Leerverkäufe vor der erwarteten Krise. Normalerweise kauft man Aktien, um sie später mit Gewinn zu verkaufen. Wer sich aber an einer Krise bereichern will, macht es einfach umgekehrt: Man verkauft Aktien (die man noch nicht hat) zum hohen Kurs vor der Krise und kauft sie zum niedrigen Kurs während der Krise. So lassen sich innerhalb von Tagen bis Wochen mindestens zweistellige Renditen erzielen. In vielen Ländern sind solche Zockereien zumindest in Krisenzeiten verboten, in Deutschland natürlich nicht.

Harald Lesch hat wahrscheinlich recht mit der Prognose, dass „nach der Corona-Krise nichts mehr so sein wird wie vorher“, nur wohl leider nicht in dem Sinne, wie er es gemeint hat.

Online-Aktionen -Petitionen und -Informationen

- Petition gegen den Angriff auf die Zivilgesellschaft: <https://www.openpetition.de/petition/online/die-zivilgesellschaft-nuetzt-der-gemeinschaft>
- Jetzt erst recht - nach dem Entzug der Gemeinnützigkeit brauchen Attac, Campact und der VVN-BdA Unterstützung: <https://www.attac.de/zivilgesellschaft-staerken>
<https://aktion.campact.de/gemeinnuetzigkeit/appell/spenden>
<https://vvn-bda.de/mitglied-werden/>
- Bayer, BASF und Syngenta: Giftexporte stoppen: <http://mailings.foodwatch.de/c/38705107/fdf351301c9753-1f9jqmg>
- Petition gegen den Völkermord durch Bolsonaro: <https://www.regenwald.org/petitionen/1216/bitte-unterschreibt-gegen-den-voelkermord-durch-bolsonaro?mtu=483427106&t=6339>
- Petition gegen den Handel mit gewilderten bedrohten Wildtieren: <https://www.regenwald.org/petitionen/1211/wildtiermaerkte-muessen-geschlossen-werden?mtu=478289407&t=6272>
- CSU muss die von der AfD kopierte Kampagne gegen ein Tempolimit sofort stoppen: http://www.duh.de/index.php?id=6868&rid=t_17092411&mid=1550&aC=33114571&jumpurl=2
- Tierquälerei im Schweinestall beenden: <https://aktion.campact.de/schweinequal/appell/teilnehmen>
- Konzernlobbyist darf nicht Präsident des Bundesverfassungsgerichts werden: <https://www.change.org/p/pr%C3%A4sidenten-des-bundesrates-dietmar-woidke-und-die-mitglieder-des-bundesrates-bestellen-sie-eine-konzernunabh%C3%A4ngige-person-zum-pr%C3%A4sidenten-des-bverg>
- Aufgedeckt: Illegale Fischerei durch „Transshipment“: <https://www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei/aufgedeckt-illegale-fischerei>
- Keine Milliardenhilfen für die Flugindustrie: <https://www.change.org/p/offener-brief-an-die-bundeskanzlerin-und-den-finanzminister>
- Frontex - wer versucht, Informationen zu erhalten, wird mit überhöhten Zahlungsforderungen eingeschüchtert: <https://www.wemove.eu/sites/all/modules/civicrm/extern/url.php?u=185468&qid=194665880>

Mit freundlichen Grüßen

BUND-Kreisgruppe Pinneberg